

DAS THEMA

Nicht alle Infos weitergegeben

Vom „Faktencheck Gebietsreform“ in Mühlhausen

Bei einer weiteren Veranstaltung der Reihe „Faktencheck Gebietsreform“ der LINKEN Landtagsfraktion wurde in Mühlhausen deutlich, dass einige Landräte nicht alle Informationen an ihre Kreistage weitergegeben haben.

Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion, bestätigte in der Diskussion, dass es mindestens zwei Hinweise darauf gegeben hat, dass die Landkreise sich hinsichtlich der bevorstehenden Kreisgebietsreform hätten bis zum 28. Februar positionieren sollen. Etwas verwundert nahmen das die anwesenden Kreistagsmitglieder unterschiedlicher Fraktionen auf, die diese Möglichkeit gerne genutzt hätten. „Dazu hätte der Verweigerungsbeschluss einer Klage gegen die Reform jedoch zunächst aufgehoben werden müssen. Wer klagt, sagt auch deutlich seine Meinung. In diesem Fall eine nicht sehr konstruktive“, ergänzte der Abgeordnete.

Dass die Diskussionen des Abends auch zu anderen Themen kontrovers aber sachlich geführt wurden, dafür sorgte gleich zu Beginn der Mühlhäuser Landtagsabgeordnete der LINKEN Jörg Kubitzki, der sich deutlich für die Kreisstadt Mühlhausen stark machte. „Mühlhausen hat in den vergangenen Jahrzehnten

viele Ämter und zuletzt auch noch den Bundeswehr-Standort abgeben müssen, das zehrt natürlich an den Menschen in dieser Stadt“, so seine Begründung, die Frank Kuschel auch als starkes Argument für den Standort Mühlhausen wertete. „Allerdings werden mehrere Städte im neuen Kreis sich um den Kreisstadt-Sitz bewerben. Einen wirklichen Mehrwert bringt dieser Titel jedoch nicht. Alle bisherigen Verwaltungsstandorte werden auch in Zukunft benötigt“, sagte der Kommunalexperte.

Bis 21 Uhr tauschten sich die anwesenden Kommunalpolitiker und interessierte Bürgerinnen und Bürger aus und diskutierten zu weiteren Themen wie der Verbandsgemeinde. Dieses Modell als zusätzliche Struktur werde

im Vorschaltgesetz nicht mehr aufgenommen. „Das Vorschaltgesetz gilt unverändert, so sieht es auch der Gesetzgeber nach Abbruch der Verhandlungen durch die AG Selbstverwaltung“, so Frank Kuschel zu diesem Konstrukt.

Trotzdem ist ein ähnliches Modell machbar, denn in der Freiwilligkeitsphase können Gemeinden in ihren Hauptsatzungen erweiterte Selbstständigkeits der Ortschaften implementieren. „Dieses Beispiel entwickeln wir gerade für die Verwaltungsgemeinschaften im Geratal. Ich kann nur jede Gemeinde dazu auffordern, Gespräche zu suchen und die Freiwilligkeitsphase bis Ende Oktober zu nutzen“, unterstrich der Landtagsabgeordnete.

Text/Fotos: Markus Gleichmann ■



„Wer das ausblendet, will dieses Land an die Wand fahren“

„Rot-rot-grüne Reformpläne zur Umstrukturierung der Kommunen und Verwaltung stoppen – Landesorganisationsgesetz auf den Weg bringen“, lautete der CDU-Antrag, über den der Landtag in der Februar-Sitzung (23.2.) debattierte. Folgend Auszüge aus der Rede des LINKE-Politikers Frank Kuschel:

„Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Entscheidungsproblem. Wenn wir noch zwei Jahre, noch fünf, ja, noch zehn Jahre warten, erlangen wir keine neuen Erkenntnisse, aber Entscheidungen werden nicht getroffen mit all den Konsequenzen (...)

Wenn die CDU 2009, spätestens 2012 in diesen Reformprozess eingestiegen wäre, dann hätte man tatsächlich manche Dinge auch in längeren Zeiträumen umsetzen können. Jetzt haben wir diese Zeit nicht mehr, sondern wir haben diesen Prozess umgehend nach Regierungsübernahme auf den Weg gebracht. Einer der ersten Beschlüsse des Landtags war die Beauftragung der Landesregierung, ein entsprechendes Leitbild zu verabschieden. Das ist dann im Dezember 2015 entsprechend umgesetzt worden.

Wer jetzt diese Rang- und Reihenfolge fordert, der fordert nichts anderes

als eine Aussetzung der Reformumsetzung bis zum Jahr 2024. Die Zeit ist nicht da, denn es gibt Ereignisse – gerade fiskale Ereignisse, das hat hier schon öfter mal eine Rolle gespielt –, die uns einfach zwingen zu reagieren. Es gibt Ereignisse, was den Fachkräftemangel betrifft, weil jetzt in den nächsten zehn Jahren 30 Prozent der Beschäftigten auf Landes- und kommunaler Ebene altersbedingt ausscheiden. Da müssten wir doch darauf reagieren und können nicht einfach zusehen, wie in diesen Kleinstverwaltungen der Fachkräftemangel nicht behoben werden kann. Von daher – keine Zeit.

Das Zweite ist: Auch ohne tiefgreifende Funktional- und Verwaltungsreform müssen wir uns mit der Gebietsreform beschäftigen, weil die Konstruktionsfehler sowohl in der Landesverwaltung als auch in der Kommunalverwaltung offensichtlich sind. Das ist kein Vorwurf an die Beteiligten, sondern aus der Struktur heraus.

Da will ich Ihnen einmal sagen: Die CDU hat 1994 entschieden, die Ausgleichs- und die Ergänzungsfunktion der Landkreise aus der Kommunalordnung zu streichen. Seitdem sind die Landkreise nur noch Verwaltungsebene ohne Kompetenz, freiwillige Aufgaben zu realisieren – nur in ganz be-

schränktem Maße. Wir haben erst das neueste Urteil – Nordhausen, Bleicherode, wo das noch einmal bestätigt wurde. Das hat aber die CDU gemacht. Nur noch ein Prozent der Ausgaben der Landkreise sind freiwillige Ausgaben, da sind die Musikschulen schon einge-rechnet.

Wer bei dieser Größenordnung von kommunaler Selbstverwaltung auf Landkreisebene spricht, der täuscht die Öffentlichkeit – 85 Prozent übertragener Wirkungskreis, keine Zuständigkeit des Kreistags, nur verwaltungsintern, 60 Prozent Leistungsgesetze, ohne dass der Kreis dort Einfluss nehmen kann. Er darf aktive Arbeitsmarktpolitik, was sinnvoll wäre in Bezug auf Hartz IV, nicht realisieren. Das darf er nicht.

60 Prozent der Kreiseinnahmen sind Zuweisungen des Landes. 35 Prozent ist Kreisumlage. Die Kreise haben keine eigene Steuerkompetenz. Damit müssen wir uns doch beschäftigen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wer das ausblendet, will dieses Land auch demokratisch an die Wand fahren. (...)

Sie sagen nur, es soll alles so bleiben wie es ist. Das ist kein Konzept. Damit sind Sie auch künftig isoliert.“ ■

KURZ UND PRÄGNANT

Verstärkt für die Reform werben

Zur am 20. März gestarteten Unterschriftensammlung durch den Verein „Selbstverwaltung für Thüringen“ gegen die Gebietsreform sagte MdL Frank Kuschel: „Wir werden die Unterschriftensammlung nutzen, um verstärkt für die Reform werben zu können. Das zusätzliche Interesse, das die Unterschriftensammlung am Thema weckt, eröffnet mehr Möglichkeiten, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, über Ziele der Gebietsreform zu informieren und darüber, warum sie für die Zukunftsfähigkeit Thüringens unbedingt wichtig ist.“ Es werden u.a. die Voraussetzungen geschaffen, dass Bürgerinnen und Bürger auch in der Zukunft qualitativ hochwertige Leistungen ihrer kommunalen Verwaltung in Anspruch nehmen können. „Wenn man sich näher mit der von Rot-Rot-Grün angestoßenen Gebietsreform auseinandersetzt, werden sich die geschürten Befürchtungen als haltlos erweisen. Aus politischem Pfründedenken hat die CDU jahrelang an reformbedürftigen Strukturen festgehalten. Rot-Rot-Grün stellt jetzt die Weichen hin zu leistungsfähigeren Verwaltungs- und Gebietsstrukturen.“ ■

Freiwilligkeitsphase: Chancen nutzen

„Mit ihren regional versandten Schreiben an Bürgermeister mit der Aufforderung, keine Gemeindefusionen zu beschließen, schaden CDU-Landtagsabgeordnete bewusst den Kommunen. Ich kann allen Verantwortlichen nur empfehlen, dieser Aufforderung nicht zu folgen, da sie dem Gemeinwohl entgegensteht“, sagte MdL Frank Kuschel. Besonders irritiert sei er darüber, dass sich auch Landtagspräsident Christian Carius an dieser Verunsicherungskampagne beteilige, indem er auch dazu aufrufe, ein Gesetz, welches er persönlich ausgefertigt habe, bewusst zu ignorieren. „Ich appelliere an die kommunale Familie, die Chancen der bis zum 31. Oktober laufenden Freiwilligkeitsphase zu nutzen und sich auf den Weg zu machen, um zukunfts- und leistungsfähige Gemeindestrukturen zu schaffen.“

Nur in der Freiwilligkeitsphase seien die beteiligten Gemeinden ermächtigt, über Eingemeindungs- und Fusionsverträge den Übergang zu den neuen Gemeindestrukturen unter der weitestgehenden Wahrung der einzelnen Orte zu regeln. Dazu gehöre u.a. die Fortgeltung von Satzungen, die Bestandsgarantie für kommunale Einrichtungen und die Sicherung von notwendigen Investitionen. ■